

mandatsmeldung.



JANUAR
2023

INHALTE

Wahlrecht: Großstädte ohne Erststimme?
Michael Frieser, S. 1

FIU - auch unter Lindner ein Problemfall
Sebastian Brehm, S. 2

60 Jahre Élysée-Vertrag
Tobias Winkler, S. 2

Klausurtagung in Kloster Banz
Karl Freller, S. 3

Dialog mit der Senioren-Union Nbg-Süd
Barbara Regitz, S. 3

U-Ausschuss Zukunftsmuseum beginnt
Jochen Kohler, S. 4

Bürgerpreis des Bayer. Landtags
Hans Herold, S. 4

Bayern 2030. Innovation ist jetzt!
Petra Guttenberger, S. 5



WAHLRECHT: GROSSSTÄDTE OHNE ERSTSTIMME?

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

wir wünschen Ihnen zunächst noch einen guten Start in dieses spannende Jahr, das vor uns liegt. Ich bin überzeugt, dass wir als wesentliche politische Kraft Bayerns auf einem sehr guten Weg sind, die Wahlen im Freistaat gemeinsam zu gewinnen. Die CSU liefert das Kontrastprogramm zur links-gelben Chaos-Koalition in Berlin.

Der nächste Geistesblitz der Ampel-Strategen: ein neuer alter Vorschlag zur Verkleinerung des Bundestages. Obwohl der Bundestag schon heute aus 299 direkt gewählten Abgeordneten und 437 (!) Parteikandidaten besteht, schwebt der Ampel vor, gewonnene Direktmandate zu streichen. Nachdem man eingesehen hat, dass die Einführung einer „Ersatzstimme“ verfassungswidrig wäre, will man nun Wahlkreise vollkommen unrepräsentiert in Berlin lassen. Auch wenn ein Kandidat die meisten Stimmen auf sich vereinigt, soll er künftig nicht in den Bundestag einziehen. Maßgeblich soll ein parteiinternes Ranking sein, in dem die Zustimmung verglichen wird. Aber Wahlkreisergebnisse lassen sich nicht ohne weiteres vergleichen. Gerade in den städtischen, hart umkämpften Wahlkreisen, gibt es naturgemäß knappe Entscheidungen. Man würde also die Kandidaten bestrafen, die ein Wagnis eingehen und sich in herausfordernden Wahlkreisen engagieren. Es ist auch ein fatales Signal für die Wähler, deren Stimme einfach unter den Tisch fällt, wenn der von ihnen gewählte siegreiche Kandidat nicht in den Bundestag einzieht und der Wahlkreis ohne Vertreter in Berlin bleibt.

Wir haben im Laufe der letzten Jahre über sechs Vorschläge für eine Reform geliefert und bleiben weiter Gesprächsbereit. Wir verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Erststimme erhält und die Größe des Bundestags spürbar reduziert. In einem Antrag haben wir als Union fünf Punkte für einen konkreten Kompromiss formuliert. Wir stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde mit unseren Vorschlägen dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert. Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen.

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

"Als Finanzminister versagte Olaf Scholz dabei, die Behörde handlungsfähig aufzustellen."

DIE FIU - AUCH UNTER LINDNER EIN PROBLEMFALL

Die Financial Intelligence Unit (FIU) – die zentrale Einheit zur Untersuchung von Finanztransfers – soll Geldströme überprüfen und bei Verdacht auf Terrorismusfinanzierung oder Geldwäsche die Strafverfolgungsbehörden informieren. Doch die Behörde sorgt vor allem für Negativschlagzeilen, seit sie 2017 in die Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums übergang. In der zurückliegenden Woche musste sich der Finanzausschuss erneut mit einem Fall befassen. Als Bundesfinanzminister versagte der heutige Bundeskanzler Olaf Scholz vier Jahre lang bei der Aufgabe, die Behörde handlungsfähig aufzustellen. Es türmten sich immer höhere Berge unbearbeiteter Akten. Eine Staatsanwaltschaft ließ die Behörde in seiner Amtszeit gar durchsuchen – wegen des Verdachtes der Strafvereitelung durch Unterlassen. Unter dem jetzigen Bundesfinanzminister Christian Lindner wurde es nicht besser. Er musste jetzt sogar zugeben, dass Ende September vergangenen Jahres mehr als 100.000 unbearbeitete Verdachtsfälle bei der Behörde lagerten – Tendenz steigend. Der Leiter der FIU warf inzwischen das Handtuch. Nun sollen es rund 120 eilends zusammengezogene Sonderermittler richten. Sie haben als Erstes gut 60.000 Verdachtsmeldungen als nicht relevant aussortiert. Unklar, ob dabei nicht doch wichtige Hinweise unter den Tisch fielen. Die restlichen knapp 40.000 Meldungen sollen bis zum Ende des Frühjahrs genauer untersucht werden, verspricht Lindner. Aber mit Versprechen in Sachen FIU war das bislang so eine Sache. Was wirklich helfen würde ist offensichtlich: Ausreichend Personal und Mittel. Aber stattdessen gibt Lindner lieber Geld für teure Organisationsanalysen aus.

Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord
[Website](#)



"Vive l'amitié franco-allemande!"



Tobias Winkler
MdB Fürth
[Website](#)



60 JAHRE ÉLYSÉE-VERTRAG

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer im Pariser Élysée-Palast den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Nur 18 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges reichte de Gaulle Deutschland die Hand, die Adenauer beherzt ergriff, obwohl die Bevölkerung in beiden Ländern einer Aussöhnung mit dem jeweiligen Erbfeind noch mehrheitlich kritisch gegenüberstand. Der Élysée-Vertrag war nach den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur gegenseitigen Verständigung. Die vereinbarte Zusammenarbeit umfasste neben dem regelmäßigen Austausch auf Regierungsebene auch die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das seither fast zehn Millionen junge Deutsche und Franzosen in Austauschprogrammen zusammenbrachte. Die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde zum Motor der Europäischen Einigung. Doch dieser Motor ist mit der Ampel-Regierung ins Stottern geraten. Mangelnde Absprachen, wie beim „Doppel-Wumms“ oder in der Energiepolitik, ein von Deutschland kurzfristig abgesagtes Ministerratstreffen, eine Europarede des Kanzlers ohne Bezug auf Frankreich, Kritik an französischen Kernkraftwerken etc. Mehrmals hat die Bundesregierung im letzten Jahr Frankreich vor den Kopf gestoßen. Wir werden uns sehr anstrengen müssen, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Eine erste Gelegenheit dazu bot der Festakt zum 60-jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrages in Paris an der Sorbonne-Universität und in der französischen Nationalversammlung. Gemeinsam feierten Abgeordnete des Bundestages und der Assemblée Nationale sowie Mitglieder beider Regierungen zwei große, christlich-konservative Staatsmänner für deren Mut, deren Weitblick und deren unbedingten Willen zum Frieden. Vive l'amitié franco-allemande – es lebe die deutsch-französische Freundschaft!



„Wer sich in unsere Gesellschaft einbringt, wird in Bayern gerne und gut aufgenommen.“

WINTER-KLAUSURTAGUNG IN KLOSTER BANZ

Mitte Januar fand die Winter-Klausurtagung der CSU Fraktion in Kloster Banz statt. Es wurden 4 Resolutionen mit hochaktueller Thematik verabschiedet, über die ich Sie gerne informieren will:

Resolution Sicherheit: Im Rahmen der Resolution „gemeinsam sicher“ würdigte die CSU-Fraktion anschließend Bayerns Rolle als Sicherheitsland Nummer eins in Deutschland und beschloss Maßnahmen, diese Position auch künftig einnehmen zu können.

Resolution Energie: Die Resolution „Für eine bezahlbare, nachhaltige und sichere Energieversorgung in Bayern“ nennt drei vordringliche Punkte: 1. wirtschaftspolitische Verantwortung beim Umbau der Energieversorgung 2. alle Energien gleichwertig in den Blick nehmen 3. den Umbau der Energieversorgung intelligent und innovationsoffen gestalten.

Resolution Migration: Angesichts der enormen Fluchtbewegungen und der damit verbundenen Herausforderungen wurde eine Resolution verabschiedet, die noch einmal die Position der CSU-Fraktion zusammenfasst: Zuwanderung steuern. Ordnung gewährleisten. Integration fördern. Wer sich in unsere Gesellschaft einbringt und seinen Beitrag für unser Land leistet, wird in Bayern gerne und gut aufgenommen. Bayern ist ein offenes Land!

Resolution Innovation: Bayern gilt als „Silicon Valley Europas“. In der Resolution „Bayern 2030. Innovation ist jetzt!“ wurde eine Fortsetzung der seit Jahrzehnten gezielten Innovations- und Strukturpolitik im Freistaat beschlossen, um Bayerns Spitzenposition im globalen Standortwettbewerb weiter auszubauen.

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)



*„Nur das
Miteinander hat
eine Zukunft!“*

Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



DIALOG MIT DER SENIOREN-UNION NÜRNBERG-SÜD

Als seniorenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion liegen mir die Belange der älteren Mitmenschen besonders am Herzen. Umso mehr hat mich die Einladung, des SEN-Kreisverbands Nürnberg-Süd und seines Vorsitzenden Wolfgang Bär gefreut. In der Runde waren wir uns einig: Nicht nur in der Familie, sondern auch in der Arbeitswelt sowie der Politik brauchen wir engagierte Seniorinnen und Senioren. Denn unsere älteren Mitbürger sind heute gesünder, fitter und engagierter als jede ältere Generation zuvor. Es ist unabdingbar, dass wir diese Potenziale nutzen. Unsere älteren Mitbürger sind eine bedeutende Stütze unserer Gesellschaft und ihr Erfahrungsschatz und Wissen eine Chance für unsere Gesellschaft. Wir müssen sie nutzen und damit auch gegen eine real existierende Altersdiskriminierung vorgehen: Wenn ich mir das Ergebnis der aktuellen repräsentativen Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit dem Titel „Altersbilder und Altersdiskriminierung“ anschau, bin ich tatsächlich in einer Mischung aus Empörung und Frustration. Nur eine einzige Zahl daraus: 32% der 2.000 Befragten ab 16 Jahren stimmen der Aussage zu, dass alte Menschen „Platz machen“ sollten für die jüngere Generation, indem sie wichtige berufliche und gesellschaftliche Rollen aufgeben. Das zeigt mir, dass Stereotype über ältere Menschen bei uns fest verwurzelt sind. Diese Diskriminierung beseitigen wir primär mit einem intensiveren Dialog der Generationen. Dazu müssen beide Seiten bereit sein. Nur das Miteinander hat eine Zukunft!



**„Der
Untersuchungs-
ausschuss wird
allen Fragen
nachgehen und
diese aufklären.“**

U-AUSSCHUSS ZUM ZUKUNFTSMUSEUM NIMMT ARBEIT AUF

Am 26. Januar 2023 trat der 3. Untersuchungsausschuss der aktuellen Wahlperiode zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Insgesamt besteht der Untersuchungsausschuss unter dem Vorsitz von Josef Schmid (CSU) aus 11 Mitgliedern, welche sich nach dem sogenannten Sainte-Laguë-Verfahren zusammensetzen. Die Sitzverteilung nach diesem unverzerrten Verfahren zeichnet sich besonders dadurch aus, dass es sehr gut mit dem wahlrechtlichen Grundsatz der Erfolgswertgleichheit der Wählerstimmen harmonisiert. Dies macht es - zusammen mit dem Hare/Niemeyer-Verfahren - zu den einzigen bekannten Verfahren, die als unversehrt gelten. Die CSU stellt daher 5 Mitglieder, Bündnis90/Die Grünen zwei Mitglieder, Freie Wähler, SPD, FDP und AFD jeweils ein Mitglied. Wir erinnern uns: Die Ampel-Fraktionen haben die Einsetzung des Ausschusses beantragt und ihrem Antrag einen Fragenkatalog mit 159 Fragen beigefügt. Die Aufarbeitung der in diesem Fragenkatalog beinhalteten Fragen wird den Schwerpunkt der Ausschussarbeit bilden. Über die Motivation der antragsstellenden Fraktionen kann nur spekuliert werden, jedoch hat der Zusammenhang mit der bevorstehenden Landtagswahl in Bayern und der teils desaströsen Arbeit im politischen Berlin („Ampel-Chaos“) wie man sagt „a Gschmäcke“ und wirkt daher im Moment als reines Wahlkampfgeplänkel. Ich freue mich auf die Arbeit in diesem Ausschuss und bin mir sicher, dass die von der Opposition gestellten Fragen beantwortet werden und die Vorwürfe aus der Welt geschafft werden können.

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West
[Website](#)



**"Es freut mich, dass
mit diesem Preis
herausragendes
ehrenamtliches
Engagement
gewürdigt wird."**

Hans Herold
MdL Fürth-Land
[Website](#)



BEWERBUNG FÜR DEN BÜRGERPREIS DES LANDTAGS MÖGLICH

„Lichtblickmacher – Ehrenamtliches Engagement für die psychische Gesundheit“, lautet das Motto des diesjährigen Bürgerpreises des Bayerischen Landtags. Die Ausschreibung hat bereits begonnen, eine Bewerbung ist bis 5. März 2023 möglich. Mit dieser Auszeichnung wird wieder herausragendes ehrenamtliches Engagement im Freistaat gewürdigt. Die Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft und die Einschränkungen während der Corona-Pandemie haben gerade in der jüngeren Vergangenheit zu einer Zunahme psychischer Belastungen geführt. Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2023 richtet sich deshalb zum einen an ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte in Bayern, die Betroffenen dabei helfen, mit ihrer Krankheit umzugehen und den Alltag zu bewältigen. Zum anderen sind ehrenamtlich Engagierte eingeladen, sich zu bewerben, die Prävention zum Erhalt von psychischer Gesundheit betreiben, sowie Initiativen, die Menschen aus dem Umfeld von psychisch erkrankten Personen unterstützen. Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von einem Beirat unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausgewählt. Der Preis ist mit insgesamt 50.000 Euro dotiert. Eine Teilausschüttung des Preisgeldes bleibt vorbehalten. Zudem kann das jeweilige Preisgeld auch in Teilschritten auf mehrere Preisträgerinnen und Preisträger aufgeteilt werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden und für die Förderung des prämierten Projekts oder dessen Fortentwicklung einzusetzen. Die Preisverleihung ist für den 23. Juni 2023 im Bayerischen Landtag geplant. Alle Informationen rund um die Bewerbung finden Sie [hier](#).

„Bayern ist führender Innovationsstandort in Europa und der Welt – diese Spitzenposition gilt es zu stärken und auszubauen.“

BAYERN 2030. INNOVATION IST JETZT!

Bayern bekennt sich seit Jahrzehnten zu einer gezielten Innovations- und Strukturpolitik. Im Rahmen der in Bayern auf den Weg gebrachten Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus investiert der Freistaat insgesamt rund 3,5 Mrd. Euro für eine bundesweit einzigartige Technologieoffensive. Vier aufeinander abgestimmte Programme stehen hier auf dem Tableau: „Förderung von KI und Supertech“, „Sanierungs- und Beschleunigungsprogramm für Hochschulen und Mobilfunk“, „Hochschulreform“, „Mittelstandsoffensive für die bayerische Wirtschaft“. Dank dieser konsequenten Politik schlägt in Bayern heute das industrielle Herz Deutschlands: Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 661 Mrd. Euro übertrifft der Freistaat 22 der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Damit zieht Bayern auch Weltmarktführer moderner Technologien an. Microsoft, Apple, IBM, Google und andere haben heute ihre Standorte im Freistaat. Das schafft nicht nur hochqualifizierte Arbeitsplätze, sondern macht Bayern auch zum Digital- und Innovationsstandort der Zukunft. Entscheidend sind hierbei verlässliche Rahmenbedingungen für forschende staatliche Institutionen ebenso wie für Unternehmen. Hier hat das neue Bayerische Hochschulinnovationsgesetz bereits Maßstäbe gesetzt. Aber auch zentrale wirtschaftspolitische Instrumente wie die Clusteroffensive, eine Innovationsberatung (Bayern innovativ) und gezielte Technologieförderung stehen im Fokus. Neue wichtige Schwerpunkte liegen auf dem Ausbau der Krisenfestigkeit und Resilienz der bayerischen Wirtschaft und dem Fortentwickeln Bayerns zu einem der führenden Gründerstandorte in Europa. Hierbei lautet eine zentrale Forderung an den Bund, die erforderlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und betriebliche Innovationen deutlich zu verbessern und die Energieversorgung für jetzt und die Zukunft zu sichern, um dem schleichenden Prozess des Schwindens der globalen Wettbewerbsfähigkeit entgegen zu treten.

Petra Guttenberger
MdL Fürth
[Website](#)

